

Rede zur Einbringung des Haushaltsplans für das Jahr 2022

Bürgermeister Bernd Killinger, 13.12.2021

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
liebe Forsterinnen und Forster,

zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie hat letzte Woche das Regelungschaos geherrscht. Oberbürgermeister Boris Palmer aus Tübingen hat es am 5. Dezember so formuliert:

„@so kann man nicht arbeiten

Am Donnerstag hieß es nach der MPK [Ministerpräsidentenkonferenz]: 2G in der Gastronomie. Plus kann vorgeschrieben werden. Am Freitag hieß es 2Gplus in der Gastronomie. Am Freitagabend hieß es, Booster ersetzt das Plus. Am Samstagabend hieß es: Geimpft bis im fünften Monat ist wie Booster. Heute heißt es dann: In der Gastronomie gilt 2Gplus, also Testpflicht, für alle die vor mehr als sechs Monaten geimpft wurden, aber noch keinen Booster erhalten haben. Wer zweimal geimpft ist, aber seither genesen, gilt als geboostert. Wer nicht mindestens zweimal geimpft ist, darf gar nicht in die Gastronomie.“

Sein Fazit: „Leute, das geht doch nicht. Das versteht niemand mehr. Das kann niemand mehr umsetzen. Das hat nichts mehr mit Infektionsschutz zu tun.“

Recht hat er. Die kommunale Familie hat das durchweg so gesehen. So präzise formuliert wie er hat es keiner. Zwischenzeitlich ist – nach harter Kritik – das Regelungschaos eingedämmt und definiert, welche Ausnahmen für 2Gplus gelten. Die Lage ist damit wieder etwas übersichtlicher, aber leider immer noch komplex. In diesem Modus arbeiten die Städte und Gemeinden seit nunmehr zwei Jahren. Auch bei uns liegen die Nerven bisweilen blank, obwohl wir als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes privilegiert sind und durchgängig unserer Löhne erhalten. Bei uns ist niemand von Arbeitslosigkeit bedroht oder muss sonstige Existenzängste haben. Präsident Jäger hat im Oktober bei der Mitgliederversammlung des Baden-Württembergischen Gemeindetags in Stuttgart dem Ministerpräsidenten ins Gewissen geredet und darauf verwiesen, dass Verordnungen nicht mehr um Mitternacht für den Folgetag veröffentlicht werden sollten. Er hat von 600 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus dem ganzen Land tosenden Applaus erhalten. Gebracht hat es aber leider nichts. Es geht weiter wie bisher und seien wir doch ganz ehrlich, die aktuellen Regelungen haben ein ganz wesentliches Ziel: Es soll ein Rahmen geschaffen werden, indem jede und jeder erkennen möge, dass es eine sehr hohe Impfquote braucht, wenn wir uns die Normalität zurückholen wollen. An dieser Stelle bin ich dem Landkreis sehr dankbar und überbringe Landrat Dr. Schnaudigel und dem Ersten Landesbeamten Knut Bühler meinen besten Dank, dass es nun auch in Forst ein ständiges Impfangebot gibt. Das Familienzentrum und das Ehrenamt sorgen für eine gute Umsetzung vor Ort. Los geht es am 18.12. zwischen 9 Uhr und 15 Uhr. Ein Impftermin zwischen den Jahren befindet sich aktuell noch in der Prüfung. Ab dem 8. Januar wird das Impfteam dann bis auf weiteres immer an dem sehr beliebte Samstags-Termin, im Alex Huber Forum Station machen. Es werden sowohl Erstimpfungen ab 12 Jahren als auch Booster-Impfungen angeboten. Geimpft wird mit Biontec, Moderna und Johnson. Die Terminbuchung erfolgt über die Webseite www.corona.karlsruhe.de. Für den 18. Dezember sind alle Termine bereits vergriffen. In der Region stehen weitere Impfangebote zur Verfügung, die ebenfalls über die Webseite gebucht werden können. Die Termine für 2022 werden von zentraler Stelle nach Möglichkeit eingestellt und aktualisiert.

Corona hat uns allen extrem viel abverlangt. Ich danke in besonderer Weise dem Ehrenamt, für die Gestaltung dieser schwierigen Zeit. Sie haben mit der Absage von Vereinstreffen Verantwortung übernommen. Sie haben im Rahmen der Möglichkeiten Begegnung und

Zusammenhalt praktiziert und ohne das Ehrenamt wäre so manche Impfkaktion nicht möglich gewesen.

Ich danke dem Gesundheitssektor und insbesondere den Forster Praxen, die sich an der Impfkampagne beteiligen. Ich danke den Betreibern von Teststellen und Testangebote sowie den Apotheken.

Mein Dank gilt den Gastronomen und der Wirtschaft, die allen Widrigkeiten trotzen, aber bisweilen am Verzweifeln sind. Ich bin positiv überrascht, dass die wirtschaftlichen Kennzahlen, vor dem Hintergrund der Pandemie, weit besser sind, als ich dies für möglich gehalten hätte. Ich weiß aber auch, dass es für manchen 5 nach 12 ist und die Existenzängste bereits die Gesundheit bedrohen.

Ich danke den Beschäftigten der Gemeinde Forst, insbesondere im Seniorenheim, den Kindergärten und der Schule mit Spielkiste und ganz besonders auch im Ordnungsamt und dem Rathaus, dass Sie jeden Tag versuchen sich gegen die Pandemie zu stemmen und ich danke Ulrich Holzer, dass er klaglos und bisweilen täglich das Alex Huber Forum umgestaltet, um dem nächsten Verein eine gute Hauptversammlung zu ermöglichen.

Ganz besonders danke ich dem Gemeinderat, dass er bereit ist, kommunale Gebäude, wie das Alex Huber Forum oder das Jägerhaus, kostenlos für die Vereinsarbeit bereit zu stellen und ich werbe schon jetzt dafür, dass dieses Angebot unter Tagesordnungspunkt 3 für ein weiteres Jahr verlängert wird.

Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie seit zwei Jahren der Pandemie trotzen und versuchen sich nicht unterkriegen zu lassen. Wir müssen die Pandemie gestalten und ich bin überzeugt, dass es dazu weit mehr als nur drei Impfungen braucht und dass uns auch die Maske weit länger begleiten wird, als wir das für möglich gehalten haben. Jeder dürfte in dieser Pandemie seinen depressiven Moment haben, aber wir lassen uns nicht unterkriegen. Deshalb halten wir auch daran fest, am 9. Januar wieder einen Neujahrsempfang auszurichten. Ohne Ständerling, aber doch mit einem einstündigen Programm unter 2G+ und mit einem Stück Neujahrsbrezel „to go auf die Hand“. Sollte der Neujahrsempfang kurzfristig nicht möglich sein, dann wird er in den digitalen Raum verlegt.

Die Pandemie hat die ganze Welt über Nacht zu einem großen Labor gemacht. Physiker bekommen die Möglichkeit die Auswirkungen des Flugverkehrs auf den Klimawandel zu untersuchen. Ein ähnlich luftleerer Raum war bislang nur über den USA am Tag der Terroranschläge auf das World Trade Center zu beobachten. Für Psychologen, Mediziner, Soziologen, Sportwissenschaftler, Stadtplaner, eigentlich für alle Sparten der Wissenschaft macht die Pandemie die Welt zum Großlabor für den jeweiligen Fachbereich. Am 6.12. hat mich ein Schreiben des Statistischen Landesamtes unter der Überschrift „Straßenverkehrsunfallgeschehen in Baden-Württemberg – Allgemeine Trends 2010 bis 2021“ erreicht. Erlauben Sie mir daraus kurz zu zitieren: „Das Jahr 2020 war in vielerlei Hinsicht ein Ausnahme-Jahr, sowohl was die Freizeitgestaltung betrifft, als auch die Art, wie und vor allem wo wir arbeiten. Wenig verwunderlich ist es daher, dass auch die Straßenverkehrsunfallstatistik eine Vielzahl rekordverdächtiger Werte verzeichnet hat.“ Aus der Broschüre lässt sich dann ablesen, dass die Zahl der Straßenverkehrsunfälle seit 1995 zum ersten Mal signifikant rückläufig war, sich die Jahresfahrleistung signifikant reduziert hat und der Trend „weniger Verletzte und Getötete im Straßenverkehr“ eine weiter beschleunigte Entwicklung erfahren hat. Weniger Straßenverkehr rettet mehr Leben, wie immer mehr unfallvorbeugende Technik im Auto.

Auf diese Weise kann man der Pandemie plötzlich auch positive Seiten abgewinnen. Es bleibt abzuwarten, ob die Pandemie langfristig zum Katalysator für aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen wird, wie mehr Homeoffice, weniger Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs, noch mehr Individualisierung und noch mehr Onlinehandel, psychische Belastungen in Kindergarten und Schule usw. Es bleibt auch abzuwarten, wie sich diese Trends auf die Entwicklung unseres Ortes und der Ortsgemeinschaft auswirken werden. An dieser Stelle kann ich nur hoffen, dass wir nur ein weiteres Mal ohne Zirkus Confetti im Januar und Forscher Prunksitzung im Februar ins Jahr starten müssen, weil sonst aus einem Winterblues eine langfristige Depression zu werden droht. Wir können

aktuell noch nicht sagen, wie Corona auch zukünftige Haushalte und das Leben in der Gemeinde beeinflussen wird. Ich denke jedoch, dass wir hier auf viel vorbereitet sein müssen, auch auf Dinge, die wir heute noch überhaupt nicht sehen.

Natürlich war der Haushalt 2020 und 2021 von Corona geprägt. In 2020 hatten wir Mehraufwendungen für Corona-Sofortmaßnahmen in Höhe von 43.000 Euro. In 2021 belaufen sich die Mehraufwendungen bis heute auf 156.000 Euro. Hier schlagen insbesondere die Coronatests zu Buche. Ganze Abteilungen, wie z. B. das Ordnungsamt, machen kaum mehr etwas Anderes wie neue Verordnungen lesen, verstehen und interpretieren. Der Fenstertresen im Bürgerbüro hätte eine Erwähnung in der Faschingsbütt verdient. Die Abteilung Jugend und Soziales, das Rechnungsamt und die Kasse handeln im Ausnahmezustand, wenn für alle Kindergärten Kindergartengebühren zurück überwiesen werden müssen und dem Kämmerer ist zum Lachen und zum Weinen gleichzeitig zu Mute, wenn er auf vorhergesagte Ausfälle bei der Gewerbesteuer blickt und dann die Meldung kommt, dass das Land im Jahre 2020 große Teile kompensiert. Corona ist eine Zumutung für uns alle. Die Pandemie hat uns alle an unsere Grenzen gebracht, und trotz aller Schwierigkeiten dürfen wir stolz sein, dass wir dastehen wo wir sind. Das ist nicht selbstverständlich. Gemeinsam müssen wir nun eine neue Grundlage für unser Miteinander in der Republik, im Land und in unserem Ort finden. Hier hoffe ich auf Impulse unserer neuen Bundesregierung. Die Ampel muss nun für uns definieren, wann wir fahren dürfen, wenn Zeit zum Bremsen ist und wann an der Wartelinie zu halten ist. Jede Änderung ist schwer für uns Menschen, aber wir sind auch Gewohnheitstiere und sehr wohl in der Lage, uns auf neue Situationen einzustellen. Der Anschnallgurt und die Anschnallpflicht ist heute nicht mehr weg zu denken, obwohl bei seiner Einführung mancher seine Bewegungsfreiheit so stark eingeschränkt gesehen hat, dass er Politik und Automobilindustrie gleichermaßen das Vertrauen aufkündigen wollte.

Corona ist eine Zumutung, aber es handelt sich nicht um zwei Jahre Stillstand und verlorene Zeit. Die Finanzhilfen von Bund und Land und auch die Angebote von Städten und Gemeinden haben einen Beitrag geleistet, um eine Sondersituation gut gestalten zu können. Der Digitalpakt Schule hat wie ein Booster gewirkt und in Sachen Hardwarebeschaffung ein kleines Wunder bewirkt. Andernorts sind natürlich auch Bremsspuren zu erkennen. Der 2019 noch vorgegebene Wachstumspfad für die mittelfristige Finanzplanung hat einen echten und mittelfristigen Knick erhalten hat und wir werden es auf absehbare Zeit nicht schaffen, auf das damals prognostizierte Niveau zurück zu kommen. Die Niedrigzinsphase mit nun stark anziehenden Preisen und die sich ggf. festsetzender Teuerung, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben, die bestehende Rohstoffknappheit, die neue Omikron-Variante, über die wir nach wie vor viel zu wenig wissen und ein vor der Ukraine aufmarschierendes russisches Militär, schaffen weiterhin einen unsicheren Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Damit gilt für unsere Haushaltsplanung weiterhin die Devise Risiken zu minimieren, vorsichtig zu planen und Puffer einzubauen.

Bevor wir jedoch in die Details des Haushalts einsteigen, gilt es noch ein paar grundsätzliche Ausführungen zu machen. Bei der Haushaltsplanung wird die finanzielle Größenordnung von Projekten und Produkten erfasst. Ein ebenso limitierender Faktor bei der Realisierung von Projekten sind die personellen Kapazitäten in der Verwaltung, die es für die Betreuung und auch die konkrete Umsetzung von Aufgaben braucht. Neben den finanziell relevanten Themen, hat die Gemeinde noch eine Vielzahl von Aufgaben zu erledigen, die von nachgeordneter oder sogar unbedeutender finanzieller Relevanz sind, aber dennoch in großem Umfang Personalressourcen binden. Aktuell haben wir eine so große Zahl von Themen vor uns, wie es vielleicht zuletzt in den 1990er/2000er Jahren der Fall gewesen ist. Das mit Abstand umfassendste Thema ist der zweigleisige Neubau/Ausbau der Schienengütertrassen zwischen Mannheim und Karlsruhe. Dieser Prozess kostet uns aktuell finanziell nichts. Wenn dieser Prozess jedoch für Forst schiefeht und ein Gleis realisiert werden würde, bei dem Teile unseres Gewerbegebiets baulich betroffen sein würden, dann steigen die Kosten ins schnell ins unermessliche. Am 29.11. hat die Antragskonferenz für

dieses Projekt stattgefunden. Diese war in Präsenz geplant, konnte aber coronabedingt nur als Videokonferenz stattfinden ~~konnte~~. Bei dieser ganztägigen Veranstaltung wurde klar formuliert, dass es im Suchraum keine Schienengütertrasse geben kann, bei der maximal die Raumwiderstandsklasse III betroffen wäre. Zwingend würde eine oberirdische Trasse hohe und höchste Raumwiderstandsklassen durchschneiden. Desweiteren wurde informiert, dass die Deutsche Bahn umfassende Tunnelstrecken überhaupt nicht planen kann, weil der Bundesverkehrswegeplan 2030 eine wirtschaftlichste Lösung von der Deutschen Bahn verlangt, die in großen Teilen oberirdisch verlaufen müsste. Die Deutsche Bahn hat zudem deutlich gemacht, dass Tunnellösungen eigentlich nur zur Durchquerung von Bergen geprüft werden. Hierzu möchte ich anmerken: Der Gotthardbasistunnel ist fast 60 Kilometer lang und hat 3 Milliarden Franken gekostet. Mit einem derartigen Tunnel könnte man fast Mannheim mit Karlsruhe verbinden und hätte damit alle oberirdischen Problemlagen aufgelöst, die schon jetzt in die Drohung von Klagen gegen das Planfeststellungsverfahren gemündet sind. Eine vergleichbar lange Tunnelstrecke ist auch im Rahmen von Stuttgart 21 realisiert worden. Dort wurde so mancher Tunnel realisiert, nicht um Berge zu durchqueren. Sie dienen insbesondere dazu vorhandene Siedlungsfläche zu würdigen und um nicht akzeptable Betroffenheiten zu vermeiden. Eine solche Lösung wäre auch für unsere Region zielführend, weil auch wir in einem stark verdichteten Raum ~~leben~~, wo im Jahr 2021 keine Schutzgüter oder Raumtrennwirkungen mehr realisiert werden sollten, wie dies im 19. Jahrhundert üblich und der Fall war. Deswegen möchte ich einen konkreten Vorschlag machen: Wir sollten alles in unserer Kraft Stehende tun, um die neue Bundesregierung sowie den neuen Bundesverkehrsminister Wissing aus Landau und seinen Staatssekretär Theurer aus Karlsruhe von einer für die Region akzeptable Lösung zu überzeugen. Hiermit rufe ich alle Kommunen im Suchraum, die der Meinung sind, dass aktuelle Linienkorridore vor Ort zu nicht akzeptablen Entwicklungen führen, auf, sich uns anzuschließen und sich beim Bundesverkehrsministerium für eine Tunnellösung stark zu machen. Aus meiner Sicht ist es zwingend erforderlich eine Tunnellösung von Mannheim nach Karlsruhe als echte Alternative zu prüfen, insbesondere auch, weil auf dem Projekt Schienengütertrasse ein hoher Zeitdruck lastet und die angestrebte Zeitschiene aus meiner Sicht nur eingehalten werden kann, wenn es im Suchraum schnell eine Trassenvariante gibt, die zügig eine sehr hohe Akzeptanz erfährt.

Ostast

Auch wenn es aktuell sehr ruhig geworden ist ~~um und~~ eine mögliche Umgehungstrasse über den Bruchsaler ~~Rollenberg Rothenberg~~, so soll heute zumindest erwähnt werden, dass auch dieses Projekt ggf. umfassend Arbeitskapazität in der Gemeinde bindet, auch wenn es vorerst keine finanzielle Bedeutung haben wird. Auch hier möchte ich unterstreichen, dass der Gemeinderat bereits einem Ausbau der bestehenden B35 den Vorzug gegeben hat und wir an dieser Haltung auch in Zukunft weiter festhalten.

Ausbau der Autobahn

Beide Projekte sind perspektivisch mit dem im Bundesverkehrswegeplan bereits enthaltenen vierspurigen Ausbau der Autobahn 5 verbunden. Auch hier hat sich der Gemeinderat bereits festgelegt und beschlossen, dass dem Ausbau der Autobahn immer der Vorzug gegenüber Abkürzungsstrecken über die Bundesstraßen gegeben werden muss.

Umsatzsteuer 2b

Nach der Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts, mit allen damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben, steht in der Finanzverwaltung mit der § 2b-Umstellung bereits das nächste arbeitsintensive Projekt, vor der Tür oder besser gesagt bereits mit beiden Füßen mitten im Verwaltungsgebäude. Und dies obwohl das Projekt „NKHR“ noch nicht abgeschlossen ist. Auch bei der 2b-Umstellung sind umfassende, zeitintensive Vorarbeiten zu leisten, damit das neue Recht fristgerecht zum 01.01.2023 umgesetzt werden kann. Alle Einnahme- und Ausgabepositionen der Gemeinde müssen hier in den Blick genommen und umsatzsteuerrechtlich neu bewertet werden.

Weitere immaterielle Projekte, die die Gemeinde umfassend beschäftigen sind die Fortschreibung des Regionalplans und natürlich auch die Begleitung von Projekten wie der Erweiterung des Seehotels, ein vorhabenbezogener Bebauungsplan für die Erweiterung des Seniorenzentrums und diverser weiterer städtebauliche Fragestellungen die kurz- und mittelfristig zu bearbeiten sind, wie z. B. aktuelle Investorenanfragen in der Hambrücker Straße, die uns dort zwingen Überlegungen anzustellen, wie wir den Bereich zwischen Kronauer Allee und Gewerbegebiet – entlang der Hambrücker Straße – zukünftig gut entwickeln wollen. Hier wird sich insbesondere die Frage nach Gewerbe und Wohnen stellen, aber insbesondere auch, welche Größenordnungen wir bei der Gestaltung der Kubaturen akzeptieren werden.

Diese Themen und viele weitere binden Personalressourcen in der Verwaltung. Eine Verwaltung, die im Rathaus passend zur Gemeindegröße insgesamt klein und überschaubar ist und wo im laufenden Jahr im Rahmen der Haushaltsstrukturreform laut Stellenplan rd. 3 Personalstellen eingespart werden. Die Personalkosten sinken gegenüber der Vorjahresplanung um rd. 300.000 Euro. Das ist ein beachtliches Ergebnis, wenn man z. B. ins Landratsamt blickt, wo die Zahl der Köpfe und die Personalkosten seit Jahren kontinuierlich ansteigen.

Diese Personalstelleneinsparungen und Kostenreduzierung durch Nichtbesetzung von Stellen machen sich natürlich in Leistung und Angebot für die Bürgerinnen und Bürger bemerkbar. Eine halbe Stelle wurde zum Beispiel im Hausmeisterpool und in der Grünpflege des Friedhofs eingespart. Das wird sich hoffentlich nicht am Friedhof, aber sehr wohl bei der Grünpflege an anderer Stelle in der Gemeinde bemerkbar machen. Hier wird mal eine Wiese später gemäht werden, dort das Laub später gereicht und es kann auch sein, dass einmal das Gras in der Bordsteinrinne sprießt.

In der Bücherei wird aus Gründen der Kosteneinsparung eine 50 Prozentstelle wegen Elternzeitvertretung nicht besetzt. Hier sind 800 Arbeitsstunden im Jahr einzusparen. Dies wird zu weniger Kindertheater, einer reduzierten Pflege der Webseite und auch ein weniger bei der Gestaltung des Jahresprogramms 275 Jahre Jägerhaus führen.

Im Jägerhaus wird auch das Hausmeisterehepaar nicht mehr ersetzt. Für alle Nutzer bedeutet das eine Umstellung, weil nur die notwendigsten Aufgaben in den Hausmeisterpool verlegt werden können.

Auch die Stelle der in den Ruhestand gewechselten Amtsbotin wurde nicht wiederbesetzt. Manches Schreiben der Verwaltung wird nun über den normalen Postweg zwei Tage später zugestellt, als die Amtsbotin die Zustellung hätte besorgen können.

Diese Einsparungen sind dennoch allesamt wichtig, weil sie (finanzielle) Handlungsspielräume an anderer Stelle eröffnen. Gemeinderat und Verwaltung sparen nämlich nicht nur wegen des Sparens willen, sondern wir versuchen die Zukunft gut zu gestalten. Sehr dankbar bin ich dem Gemeinderat, dass er der externen Beauftragung eines IT-Dienstleisters zur Gestaltung der Digitalisierung zugestimmt hat. Hierfür stehen im nächsten Jahr rund 120.000 Euro zur Verfügung. Mitgetragen hat der Gemeinderat auch die Schaffung einer 50 Prozentstelle für die Freiwillige Feuerwehr. Ein hauptamtlicher Gerätewart soll hier zukünftig einen Beitrag zur Verbesserung der Leistungs- und Einsatzfähigkeit der Wehr leisten. Auch sonst versuchen wir die Struktur im Personalbereich zu verbessern. Im Hauptamt wurde die Abteilung von Frau Brecht zeitgemäß mit „Bildung und Soziales“ benannt. Das Organigramm wurde nachgezogen, die Vertretung umfassend geregelt. Im nächsten Jahr wird unsere langjährige Standesbeamtin in den verdienten Ruhestand wechseln. Die neue Standesbeamtin wird mit ihrem Büro vom 1. Stock auf die Etage des Bürgerbüros ziehen, um als bürgerfreundliche Anlaufstation gut erreichbar zu sein. Organisatorisch geht der Bereich zusammen mit dem Bürgerbüro in dem neuen Bereich „Bürgerservice“ auf. In der Gemeinderatssitzung am 29. November hat der Gemeinderat zudem beschlossen eine 100 Prozentstelle für den Bereich Jugendgemeinderat, Offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit auszuschreiben. Die/Der neue Mitarbeiter/in soll eng in den Bereich „Bildung und Soziales“ eingebunden werden und dort die Konzepte für die offene Jugendarbeit und das neue Gesamtkonzept, dass im Rahmen von PjuK erarbeitet werden wird, umsetzen und natürlich den Jugendgemeinderat betreuen. Hier sollen zukünftig auch

Handlungsspielräume für eine selbstverwaltete Jugendarbeit eröffnet werden, wenn es Jugendliche gibt, die sich hier engagieren wollen. Da uns der amtierende Jugendsozialarbeiter zum Jahresende verlassen wird und das vom Land geförderte PjuK-Projekt dann in der Luft hängen würde, freut es mich sehr heute bekannt geben zu können, dass es der Verwaltung gelungen ist, hier eine Interrimsbetreuung auf 450-Euro-Basis zu ermöglichen, die mit einem Stundenkontingent auskommen wird, dass der Gemeinderat zur befristeten Aufstockung auf der bis dato vorhandenen halben Stelle vorgesehen war. Ganz herzlich danke ich dem Gemeinderat, dass er grundsätzlich der Dienstleisterbeauftragung für die Gestaltung der Naturbadsaison am Heidesee zugestimmt hat. Damit besteht auch hier die Möglichkeit in einen vernünftigen Zwei-Schicht-Betrieb zu wechseln und idealerweise auch im nächsten Sommer der DLRG eine weitere Sommerkampagne möglich zu machen. Dies machen wir immer gerne und jederzeit, wenn die vorhandenen Stellenanteile zur Verfügung stehen.

Vom Personal ist es nun nur noch ein ganz kleiner Schritt in die Haushaltsplanung für das Jahr 2022. Der neue Haushalt wird ein Volumen von rd. 19 Millionen Euro haben. Zum dritten Mal in Folge wird er im Ergebnishaushalt mit einem Millionendefizit geplant, wobei im nächsten Jahr das geplante Defizit mit 1,8 Millionen Euro deutlich niedriger ausfällt als die mit fast 4 Millionen Euro geplanten Defizite der Jahre 2020 und 2021. Im Jahr 2020 wird der vorläufige Jahresabschluss –nach derzeitigem Stand- aufgrund einer Vielzahl von Sondereffekten weit besser ausfallen als geplant und mit vorläufigen 800.000 Euro im Plus abschließen. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen von rd. 1,7 Millionen Euro, wäre das Jahresergebnis jedoch immer noch mit rd. 900.000 Euro im Minus. Nach der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht sind die Abschreibungen neu zu ermitteln. Mancher Optimist geht davon aus, dass die realen Abschreibungen unter dem fortgeschriebenen Niveau von 1,7 Millionen Euro liegen werden. Das bleibt weiter abzuwarten. Im nächsten Jahr wird die Kämmererei die Wertermittlung zusammen mit einem beauftragten Partner weiterbearbeiten. Es ist sehr wohl üblich, dass dies einige Jahre in Anspruch nimmt. Auch wenn mancher hier schon ungeduldig wird, ist doch festzuhalten, dass wir hier im Zeitplan sind. Erst wenn die Arbeiten abgeschlossen sind, werden wir beurteilen können, wie groß unser strukturelles Defizit im Haushalt ist. Persönlich gehe ich aktuell davon aus, dass es in etwa in der Höhe der Abschreibungen liegt. Weiterhin ist festzuhalten, dass viel zu viele Kostenstellen ein Defizit aufweisen. Noch schwerer wiegt jedoch, dass der Straßenzustandsbericht, der Gebäudezustandsbericht, das Klimaschutzkonzept, der Radverkehrsplan u.a. umfassende Investitionen erforderlich machen und sich über die Jahre ein gewisser Sanierungsstau aufgebaut hat, dessen Abbau zusätzliche Mittel erforderlich macht. Erst wenn der Sanierungsstau abgebaut ist und wir die Sicherheit haben, dass die üblichen Sanierungsbedarfe im Haushalt langfristig abgebildet werden können sowie die Abschreibungen umfassend erwirtschaftet werden, ist unser Haushalt in einem Zustand, wo wir ihn guten Gewissens an die nächsten Generationen übergeben können. Es freut mich deshalb besonders, dass es im aktuellen Haushalt gelungen ist, mit der Sanierung in der Weiherer Straße bei der Abfahrt Heidesee einen echten Beitrag zum Werterhalt unseres Straßenbesitzes zu leisten, dass wir mit dem Austausch weiterer LED-Lampen das Klimaschutzkonzept weiter umsetzen (hier stehen in zwei Jahren 300.000 Euro zur Verfügung). Mit der Schaffung eines Fahrradstreifens in der Bruchsaler Straße (Kostenpunkt 20.000 Euro), können wir sogar ein Projekt zur Stärkung des Fahrradverkehrs umsetzen, dass Teil der Radverkehrswegeplanung war und sogar darüber hinaus weist. Durch die Veräußerung der Weiherer Straße 30-32 leisten wir einen Beitrag zur Bereinigung eines defizitären kommunalen Immobilienbestands und wir bieten die Möglichkeit, dass dort bis zu 6 Wohnungen werden entstehen können. Das war eine schwere Geburt im Gemeinderat, aber in 2022 werden wir hier sicherlich weiter vorankommen. Nachdem auch die Schwanenstraße 33 im Höchstgebotsverfahren erfolgreich veräußert werden konnten, zeigt die Haushaltsstrukturkommission weitere Erfolge und die Bereinigung des Immobilienbestandes findet eine weitere Fortsetzung, nachdem bereits im letzten Haushaltsjahr ein Einfamilienhaus erfolgreich veräußert werden konnte. Hier setzt sich in ausgewählten Kreisen die Erzählung fest, dass die Gemeinde Forst ihre

Grundstücke „verscherbelt und unter Wert verkauft“. Hier erlaube ich mir im Namen des Gemeinderats darauf zu verweisen, dass auch diese Immobilie im Höchstgebotsverfahren veräußert worden war und das Haus noch mit Handöfen beheizt werden musste. Die veräußerten Grundstücke entstammen der Kategorie „einfachster Ausbauzustand“ mit Kaltmieten unter 5 Euro. Die erzielten Preise liegen teilweise weiter oberhalb der Wertschätzungen. Die verbreiteten Erzählungen sind nicht richtig, nur weil sie immer wieder vorgetragen werden.

Den bislang mit Abstand größten Einfluss auf die Verbesserung der kommunalen Haushaltssituation haben aber bislang zweifelsohne die umgesetzten Steuererhöhungen, die zu deutlich sechsstelligen Mehreinnahmen führen und uns damit eine gewisse Luft verschaffen.

Alle Bemühungen zusammengenommen und auch der Haushaltsplanentwurf 2022 weisen sicherlich in die richtige Richtung, reichen aber noch nicht aus, um mittelfristig den Haushalt auszugleichen. Wie bereits zuvor formuliert, zielt die für das Seniorenheim gefundene Lösung zuvorderst auf den erfolgreichen Ausbau der Pflegelandschaft in Forst. Nur mittelbar und in der zweiten Reihe hatte dieses Thema natürlich auch eine finanzielle Dimension. Wenn die nun avisierte Defizitbeseitigung umgesetzt werden kann, dann haben Steuererhöhung und Defizitreduktion ein Volumen, das den Haushalt langfristig um mehr als eine halbe Million entlastet. Darauf lässt sich in Zukunft weiter aufbauen, aber darauf können wir uns noch nicht ausruhen. Für 2022 ist jedoch positiv festzuhalten, dass in einer Zeit wo viele Gemeinden in der Region die Grundsteuer deutlich anpassen, bei uns keine Steuererhöhungen realisiert werden. In Forst kann man damit gut ins neue Jahr gehen. Die Haushaltskonsolidierung durch die Haushaltsstrukturkommission wird auch im neuen Jahr fortgesetzt werden. Mit Blick auf den kommunalen Immobilienbestand hat die Verwaltung bereits den Auftrag weitere Immobilien zu identifizieren, die von uns nicht kostendeckend vermietet werden können und/oder auf absehbare Zeit hohe Investitionen auslösen. Als weitere Maßnahmen haben wir die Einführung einer Vergnügungssteuer auf der Agenda. Im neuen Jahr erhält der Gemeinderat zudem die Möglichkeit über eine Machbarkeitsstudie für den Heidesee zu beschließen, mit dem Ziel ein Nutzungskonzept zu finden, dass uns erlaubt das dortige Defizit deutlich zu reduzieren. Mit Erträgen in Höhe von rund 75.000 Euro (nach Abzug Steuer) pro Jahr wird der Gemeinderat aus der EnBW-Beteiligung rechnen können, die jedoch –gemäß Festlegung im Gemeinderat- zweckgebunden für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden müssen und aktuell der Umrüstung auf LED-Lampen zugutekommen werden.

Mindestens im nächsten Jahr sind unsere finanziellen und personellen Spielräume derart beschränkt, dass wir bei allen Freiwilligkeitsleistungen in besonderer Weise zurückhaltend sein müssen. Dies gilt auch weiterhin für das von der Handballabteilung beantragte Beachhandballfeld, obwohl dieses zum epochalen Vereinsjubiläum in 2022 hervorragend passen würde. Dies wird auch für eine Dirttrack-Anlage gelten, der von einer Fahrrad begeisterten Jugendinitiative gewünscht ist. Diese Beschränkung gilt auch in Teilen für den neuen Modellsportclub der Flächen sucht und auch für die Freiwillige Feuerwehr, die sich einen Übungsplatz mit Brandcontainern wünscht. Über diese und weitere Wünsche haben wir den Gemeinderat bereits im Rahmen der Klausurtagung informiert und werden auch für 2022 eine Vorlage vorbereiten auf deren Grundlage der Gemeinderat dann die Prioritäten und Finanzierbarkeit für die mittelfristige Finanzplanung 2023 bis 2027 wird festlegen können.

Kommen wir nun zu ausgewählten Bereichen, die im kommenden Haushalt zu besonderen Schwerpunktthemen zählen werden:

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Neben der Sanierung der Weiherer Straße beim Heidesee mit über 600.000 Euro ist die Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs LF 10 der mit Abstand größte Investition.

Diese beläuft sich auf rund 400.000 Euro, wobei wir mit Fördermitteln in Höhe von 92.000 Euro vom Land rechnen dürfen. Die Auslieferung hat sich zwar weiter verzögert, aber wir dürfen hoffnungsfroh sein, dass die Fahrzeugauslieferung im Frühjahr erfolgen könnte und dann ggf. eine Einweihung im Rahmen des Schnitzel- und Spargelfestes der Freiwilligen Feuerwehr realistisch werden könnte. Nachdem die FFW in einer Kraftanstrengung und Meisterleistung den Feuerwehrbedarfsplan erfolgreich fortgeschrieben hat, wird im nächsten Jahr auch die Anschaffung eines Schlauchbootes in Höhe von 7.000 Euro eingeplant. Um das Thema Sicherheit geht es auch bei der Umsetzung des Katastrophenschutzkonzeptes. Nachdem wegen der Flutkatastrophe im Ahrtal die Ausschreibung eines Notstromaggregats aufgehoben werden musste, weil der Markt leergefegt war und der Bund im selben Zusammenhang Fördergelder für die Anschaffung von Sirenenanlagen zur Verfügung stellt, möchten wir im nächsten Jahr einen weiteren Anlauf starten und hier zugreifen. Die Umsetzung des Katastrophenschutzkonzeptes geht dann endlich vorwärts. Hier stehen 20.000,00 Euro für das Notstromaggregat und 56.000,00 Euro für die Sirenen zur Verfügung. Eine Notstromversorgung der öffentlichen Hallen ist nicht angestrebt, da in der Lußhardtschule mit dem Blockheizkraftwerk eine Stromquelle zur Verfügung steht, die auch im Falle eines größeren Stromausfalls die notwendige Energie zur Betreibung einer Notunterkunft liefert. Aus der Ferne grüße ich Herrn Steinbrink, der mit der Gemeinde seinerzeit das Katastrophenschutzkonzept realisiert hat und zwischenzeitlich womöglich schon nicht mehr an eine Umsetzung wie geplant geglaubt haben mag. Für diesen Themenbereich hat der Gemeinderat langfristig eine 20 Prozent-Stelle genehmigt. Dieser Stellenanteil ist seit zwei Jahren nahezu komplett in der Bekämpfung der Corona-Pandemie aufgegangen. Er hat gute Dienste geleistet, wenn auch nicht in dem Bereich, für den er geschaffen wurde.

Waldseehalle

Rund 400.000,00 Euro stehen für Ertüchtigungen und Sanierungen der Waldseehalle und des Alex Huber Forums zur Verfügung. Über 100.000 Euro stehen für die dringend erforderliche Sanierung der Außenbeleuchtung zur Verfügung, die seit Inbetriebnahme fehlerhaft ist und dringend auf Abarbeitung wartet. Wenn diese Maßnahme erledigt ist, dann kann das Projekt endlich als in dem Zustand bewertet werden, der von Anfang an angestrebt wurde.

Energetisches Quartier und Klimaschutz

Mit rd. 60.000 Euro wird das energetische Quartierskonzept der Gemeinde, das ganz wesentlich von der Energie- und Umweltagentur des Landkreises umgesetzt wird, gefördert. Kernstück dieses Konzeptes ist die Herstellung einer Nahwärmeversorgung im Bereich zwischen Erweiterungsbau Seniorenheim und Lußhardtschule. Dieses Projekt soll im neuen Jahr so weit vorangetrieben werden, dass der Gemeinderat eine Entscheidungsgrundlage für die Realisierung erhalten kann. Weitere Bestandteile des Projektes war eine umfassende energetische Beratung für die Bewohner des Quartiers. Großes Interesse gab es an Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung und zur Umsetzung von Photovoltaikanlagen. Im nächsten Jahr soll für den Gemeinderat eine Entscheidungsgrundlage zur weiteren Bestückung kommunale Gebäude mit Photovoltaik geschaffen werden. Damit soll Klarheit herrschen, welche kommunalen Dachflächen für den Ausbau in Frage kommen und idealerweise sollen auch die Machbarkeit und die Kosten ermittelt sein. Wir streben zudem an dem Gemeinderat die Varianten „wir investieren selbst“ vs. „wir vermieten die Dächer und ein Investor setzt en bloc um“ gegenüberstellen. Wünschenswert wäre, wenn alle Potentiale so schnell wie möglich entwickelt werden würden, was definitiv für die Variante „Vermietung von Dachflächen“ spricht.

Sanierungsgebiet

Wesentliche Teile des energetischen Quartiers fallen mit einem geplanten Sanierungsgebiet im Bereich der Schwanenstraße zusammen. Mit diesem soll die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung vorangetrieben werden. Im Zuge eines Sanierungsgebietes würde die Gemeinde die Entwicklung eigener Grundstücke in der Schwanenstraße anstreben. Eine weitere Entwicklungsoption könnte sich an dieser Stelle für die Musik- und Kunstschule

eröffnen. Das Gebäude weist schon heute umfassende Sanierungsbedarfe auf. Brandschutzrechtlich hat das Gebäude Bestandsschutz, ist aber schon heute problematisch. Sollte das Sanierungsgebiet kommen, dann wäre die Möglichkeit zu prüfen, die Musikschule mit der Kunstschule im Jägerhaus zusammen zu führen, das alte Gebäude aufzugeben und zusammen mit dem Nachbargrundstück, das ebenfalls der Gemeinde gehört, städtebaulich zu entwickeln. Voraussetzung für die Beantragung des Sanierungsgebiets ist die Erstellung eines Ortsentwicklungskonzeptes. Dieses soll, auch unter Beteiligung der Öffentlichkeit, im nächsten Jahr umgesetzt werden. Bei optimaler Entwicklung könnte zum Jahresende der Antrag für das Sanierungsgebiet gestellt werden.

Schule und Kindergarten

An der Lußhardtschule sollen im nächsten Jahr vier Grundschulkassenzimmer im Erdgeschoss saniert werden. Für diese Maßnahme werden 120.000 Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt. Perspektivisch wird den Gemeinderat die Ganztagsgrundschulbetreuung beschäftigen. Der Bund hat hier einen Rechtsanspruch ab dem Schuljahr 2026/27 angekündigt. Im Rahmen der Klausurtagung hat der Gemeinderat sich bereits mit einem Ganztagsgrundschulkonzept auf Grundlage des Schulgesetzes informiert. Das Thema Ganztagsgrundschulkonzept war auch zentraler Bestandteil des Besuchs von Landtagsvizepräsident Daniel Born bei seinem Besuch an der Schule am vergangenen Mittwoch. Aus seiner Sicht sind rhythmisierte Angebote aus pädagogischer Sicht immer zu bevorzugen, aber auch er verweist darauf, dass die Konzepte auch immer bei der Elternschaft Akzeptanz finden müssen. In die Schulstandorte Forst und Hambrücken sind im Rahmen des Digitalpaktes des Landes rund 200.000 Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt worden. Große Teile wurden bereits abgerufen. Im nächsten Jahr steht die nächste Tranche zur Umsetzung an und perspektivisch werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, wie die Bedarfe der Grundschule auf Grundlage der Medienplanung berücksichtigt werden können.

In den Kindergärten werden die jahresüblichen Beträge in die Kindergärten investiert, ohne dass es in besonderer Weise nennenswerte Projekte gibt. Für alle stationären Projekte ist die Anschaffung der Online-Kindergartenanmeldeplattform LittleBird vorgesehen. Im Kindergarten St. Franziskus wird sich der Gemeinderat im nächsten Jahr noch mit der Schlussrechnung zu befassen haben. Eine Einweihung des Teilneubaus steht zudem bis zum heutigen Tag aus. Wenig erfreuliche Nachrichten gibt es für den Kindergarten Spatzennest zu verkünden. Mangels qualifizierter Bewerbungen musste dort die Ausschreibung für eine Küchenfachkraft aufgehoben werden. Der Gemeinderat wurde bereits informiert, dass aus Sicht der Verwaltung hier fast zwingend ein externer Caterer die Verpflegung übernehmen sollte, nachdem auch nach aktiver Ansprache potentieller Bewerberinnen keine Lösung gefunden werden konnte. Die externe Vergabe des Essens wird im nächsten Jahr in Angriff genommen.

An dieser Stelle sei auch noch eine politische Anmerkung gestattet. Ganz herzlich gratuliere ich SPD, Grüne und FDP zur Bildung einer Regierungskoalition. Für die verantwortungsvolle Aufgabe wünsche ich viel Glück und Erfolg. Insbesondere die SPD ist mit dem Hinweis in den Bundestagswahlkampf gezogen, dass die Kindergartenbetreuung, auch im Ganztags, kostenfrei sein sollte. Diese Forderung aus dem Wahlprogramm hat keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Aus meiner Sicht gibt es damit keine Grundlage mehr für die Diskussion eines solchen Angebots auf kommunaler Ebene. Die Fraktionen, die die Kindergartengebühren in Forst reduzieren möchten, sind damit angehalten konkrete Vorschläge für Kosteneinsparungen zu machen. Eine Reduktion der Ganztagsgebühren, insbesondere im U3-Bereich, dürfte aus Sicht der Verwaltung nur erreicht werden können, wenn alle diese Angebote nicht nutzen sich an deren Finanzierung beteiligen oder wenn wir umfassend in die Reduktion von Qualitätsstandards in unseren Kindergärten einsteigen. Aus meiner persönlichen Sicht ist es für eine Gemeinde unserer Größe zielführend in allen Einrichtungen vergleichbare Angebote zu realisieren, die bedarfsgerecht entwickelt werden. Der Rahmen für eine solche Entwicklung sind dabei von den Spitzenverbänden vorgegeben.

20 Prozent Kostendeckung durch Elternbeiträge und die Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Standards.

Finanziell von untergeordneter Bedeutung, aber für die Identität der Gemeinde wichtig ist im nächsten Jahr das 275. Jubiläum des Jägerhauses, das zusammenfällt mit dem 300. Geburtstag des Bruchsaler Schlosses. Dieses Jubiläum soll für ein Jahresprogramm genutzt werden, dass ganz wesentlich vom Ehrenamt getragen wird. Das ehrenamtliche Programm wird ergänzt und vervollständigt durch verschiedene Aktionen des Familienzentrums. Freuen Sie sich schon jetzt auf ein Jahresprogramm, dass wir pünktlich zum neuen Jahr veröffentlichen werden. Auf das erste Angebot möchte ich schon heute hinweisen und Sie alle dazu auch herzlich einladen: Das Böllerschießen des Schützenvereins vor dem Jägerhaus und der Jägerscheuer.

Sozialstiftung

In diesem Jahr hat sich der Stiftungsrat der Sozialstiftung getroffen und sich insbesondere mit dem drängenden Problem beschäftigt, wie in Zeiten der Niedrigzinsphase nicht nur die Werte der Stiftung erhalten werden können, sondern auch das Stiftungskapital so angelegt werden kann, dass eine gewisse Ausschüttung erhalten bleiben kann, ohne die die Stiftung nicht handlungsfähig ist. Mit einem speziell für Stiftungen aufgelegten Fonds sieht die Verwaltung die einzige Möglichkeit dem Werterhalt und der Handlungsfähigkeit gerecht werden zu können.

In dieser Sitzung hat der Stiftungsrat auch den Weg für den Karlsruher-Kinderpass freigemacht. Nachdem sich der Gemeinderat bereits für einen Beitritt zur Sozialregion Karlsruhe ausgesprochen hat, wird die Sozialstiftung für die Finanzierung des Kinderpasses sorgen und damit einen Beitrag zu einer Kriterien basierten Armutsbekämpfung leisten, mit der am Ende für Kinder- und Jugendliche Teilhabe abgesichert wird. Der Stiftungsrat hat sich auch dafür ausgesprochen, die Öffentlichkeitsarbeit um die Stiftung zu verbessern und sich auch stärker um Spendengelder zu bemühen. Große Einzelspenden ortsansässiger Unternehmen, Spendenaufrufe im Rahmen von runden Geburtstagen und so manche Überraschung hat jedoch dafür gesorgt, dass die Stiftung auch in der Corona Krise Geldzuwendungen erfahren hat, die perspektivisch in der Lage sind das Engagement in der Sozialregion Karlsruhe abzusichern, auch wenn die Einnahmen aus Zinsen auf einem sehr niedrigen Niveau verharren werden.

Betrachten wir zum Abschluss den Haushalt noch einmal als Ganzes. Bei der Gewerbesteuer erwarten wir Einnahmen in Höhe von 2.2 Millionen Euro. Bleibt die Wirtschaft robust, dann dürfte hier ggf. auch mit höheren Erlösen gerechnet werden. Bei den Schlüsselzuweisungen wird mit Einnahmen in Höhe von fast 4,5 Millionen Euro gerechnet. Das wäre eine Verbesserung von rd. 1,6 Millionen Euro gegenüber dem Planansatz aus dem aktuellen Jahr. Die mit Abstand wichtigste Einnahmenquelle bleibt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit fast 5,7 Millionen Euro. Auch das wäre eine Verbesserung von rund 350.000 Euro gegenüber dem Planansatz aus 2021.

Sehr erfreulich ist die von Landrat Dr. Schnaudigel angekündigte Senkung der Kreisumlage um einen Punkt, die im nächsten Jahr auch absolut wieder zu einer reduzierten Überweisung an den Landkreis führt, nachdem die Kreisumlage auch von 2020 auf 2021 gesenkt worden war, aber dennoch statt 3,394 Millionen Euro in 2021 eine Überweisung von über 3,5 Millionen Euro an den Kreis erwartet worden war. In 2022 soll sich der Überweisungsbetrag auf rd. 3.24 Millionen Euro reduzieren. Meine Kreistagsfraktion um Frontmann Johannes Arnold, der regelmäßig die besten Ansprachen im Kreistag hält, erwartet ein bestmögliches Management beim Neubau des Landratsamtes, mit dem Ziel, dass noch nicht eingepreiste Einnahmen derart berücksichtigt werden, dass der laufende Landkreishaushalt mit nicht mehr als 4 Millionen Euro zur Finanzierung des Neubaus belastet wird. Mein persönlicher Wunsch ist es hier, dass die aktuelle Senkung der Kreisumlage keine kurzfristige Maßnahme ist, sondern der Landkreis auf dieser Grundlage mittelfristig seine Aufgabenerfüllung

gewährleisten kann. Trotz dieser Veränderungen und auch Verbesserungen ist der Gesamtergebnishaushalt mit 1,833 Millionen Euro weiter im roten Bereich. Positiv ist unsere Liquiditätsentwicklung. Aktuell sind keine Zahlungsengpässe zu erkennen. Dies liegt insbesondere daran, dass unsere Girokonten aktuell mit 4 Millionen Euro im Plus sind und aus dieser Warte auch jederzeit die Finanzierung unserer Investitionsprojekte möglich ist. Jenseits der reinen Zahlen möchte ich zum Schluss erwähnen, dass das Neue Kommunale Haushaltsrecht die in Forst übliche Zeitplanung für die Verabschiedung des Haushalts in der Dezembersitzung gehörig aus dem Tritt gebracht hat. Es freut mich deshalb besonders, dass wir in diesem Jahr in der Dezembersitzung die Haushaltseinbringung möglich machen können und es damit schaffen, den Zeitplan langsam wieder so zu verschieben, dass der Haushaltsbeschluss theoretisch wieder im Winter möglich wird und nicht erst im Frühjahr. Mit dem diesjährigen Haushalt trennen wir zudem zum ersten Mal die Haushaltseinbringung vom weiteren Prozess ab. Ab morgen wird der eingebrachte Haushalt auf der Webseite für die Öffentlichkeit einsehbar sein. Damit wird es möglich öffentlich über diesen Haushalt zu diskutieren. Einer nicht-öffentlichen Beratung dieses veröffentlichten Haushalts im Januar soll dann im Februar die Beschlussfassung folgen. In dieser Haushaltssitzung schlägt dann die Stunde des Hauptgremiums. Da der Haushalt das Königsrecht des Gemeinderats ist, werden in der Februarsitzung die Fraktionen ihre Haushaltsreden halten. Mir fällt dann die Rolle des Zuhörers zu und aus heutiger Warte freue ich mich schon sehr auf diese Situation, weil es immer eine Zeit gibt, um Impulse zu geben und Rückmeldung zu erhalten.

Damit bin ich am Ende meiner ersten Haushaltseinbringung angekommen und übergebe Ihnen ab morgen auf der Webseite der Gemeinde Forst das aktuelle Zahlenwerk zu Ihrer Besprechung.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Veith und der Kämmerei für die Vorbereitung und Erstellung des Haushaltsplans. Vielen Dank sage ich dem Hauptamtsleiter Herrn Czink und dem Bauamtsleiter Herr Schäfer für die vorgenommene Mittelanmeldung in außergewöhnlichen Zeiten. Insgesamt danke ich allen Organisationseinheiten der Gemeinde Forst, die zurückhaltenden Mittelanmeldungen vorgenommen haben und dennoch mit einer großen wirtschaftlichen Verantwortlichkeit versuchen die Zukunft in Forst gut zu gestalten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Den Gemeinderat bitte ich um Kenntnisnahme dieses Tagesordnungspunktes und ich darf nun direkt zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen.